

2020/949/100

öffentlich

Beschlussvorlage

100 - Ratsangelegenheiten, Wahlen

Bericht erstattet: Puchner Kerstin



Änderung der Geschäftsordnung

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Ortsrat Einöd (Entscheidung)	14.01.2021	Ö

Beschlussvorschlag

Der Ortsrat des Gemeindebezirks Einöd beschließt die Änderung der Geschäftsordnung für den Ortsrat des Gemeindebezirks Einöd wie in der Anlage aufgeführt.

Sachverhalt

Zur Stärkung der Rechtssicherheit im Umgang mit einer epidemischen Lage (Covid-19) hat der Stadtrat der Kreisstadt Homburg in seiner Sitzung vom 16.12.2020 seine Geschäftsordnung geändert.

Entsprechend soll nunmehr auch die Geschäftsordnung für den Ortsrat des Gemeindebezirks Einöd ergänzt bzw. geändert werden.

Nach Beschlussfassung wird die als Anlage beigefügte Änderung in die Geschäftsordnung übernommen und diese als bereinigte Fassung zur Verfügung gestellt.

§ 15 der Geschäftsordnung sieht nun vor, dass dem Vorsitzenden der Sitzung im Rahmen der Ausübung des Ordnungs- und Hausrechtes im Sinne einer vorläufigen Regelungsbefugnis die Möglichkeit eröffnet wird, Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung der Sitzungen zu treffen. Die eingefügte Regelung soll es dem Vorsitzenden künftig ermöglichen, aufgrund der Vielzahl der im Einzelfall im Rahmen einer Geschäftsordnung nicht zu regelnden unvorhergesehenen Störungen der Sitzungsordnung, Anordnungen im Sinne von Satz 1 zu treffen. Deren Aufrechterhaltung soll jeweils der Überprüfung des Ortsrates unterliegen.

Neu in die Geschäftsordnung wurde zur Eindämmung der aktuellen Corona-Pandemie § 15 a aufgenommen. Er beinhaltet die Beachtung spezieller Sicherheitsmaßnahmen und Hygienevorschriften, die stufenweise - unter Berücksichtigung einer 7-Tages-Inzidenz von 50 - bis hin zur Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung führen kann. Die Anwendung des § 15 a ist zeitlich begrenzt unter Berücksichtigung der Risikoeinstufung durch das Robert-Koch-Institut.

Anlage/n

- 1 Anlage zur Sitzungsvorlage (öffentlich)

Anlage zur Sitzungsvorlage:

ÄNDERUNG GESCHÄFTSORDNUNG

I. Änderung Inhaltsverzeichnis

1. Nach § 15 wird wie folgt eingefügt:

„§ 15 a) Hygieneregeln und Sicherheitsmaßnahmen für Sitzungsteilnehmer zur Eindämmung der Corona-Pandemie/epidemischen Lage“

II. Änderung Einzelregelungen

1. § 15 erhält folgenden Absatz 1:

“ (1) Der Vorsitzende handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht nach § 12 aus. Hierzu kann der Vorsitzende vorübergehende Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, insbesondere Maßnahmen zum Gesundheitsschutz, zur Gefahrenabwehr und Aufrechterhaltung eines geordneten Sitzungsbetriebes, am Sitzungsort treffen. Der Ortsrat entscheidet, in der Regel sofort ohne Aussprache, spätestens aber in der darauffolgenden Sitzung, ob die vom Vorsitzenden getroffene Maßnahme aufrechterhalten wird.“

2. Der bisherige § 15 Abs. 1 wird zu § 15 Abs. 2

3. Der bisherige § 15 Abs. 2 wird zu § 15 Abs. 3

4. Nach § 15 wird wie folgt eingefügt:

„15 a)

Hygieneregeln und Sicherheitsmaßnahmen für Sitzungsteilnehmer
zur Eindämmung der Corona-Pandemie/epidemischen Lage“

- (1) Die nachfolgenden Absätze 2 bis 6 finden solange Anwendung, wie die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland durch das SARS-CoV2-Virus bzw. durch eine epidemische Lage mit Aerosolübertragung von Krankheitserregern als hoch eingeschätzt wird. Maßgeblich hierfür ist die Risikobewertung des Robert Koch-Instituts.
- (2) Bei allen Ortsratssitzungen ist, wo immer möglich, ein Mindestabstand zu anderen Personen von eineinhalb Metern einzuhalten. Soweit dies nicht möglich ist, gilt die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung. Beim Betreten des Sitzungsortes sind die allgemein gültigen Hygieneregeln einzuhalten.
- (3) Personen, die typische Symptome einer Infektion nach Abs. 1 zeigen (z.B. Husten, Fieber, Schnupfen oder Geruchs- und Geschmacksverlust), dürfen nicht an Ortsratssitzungen teilnehmen, außer sie können durch Vorlage eines Testergebnisses, welches nicht älter als 48

Stunden ist, belegen, dass keine Infektion besteht. Der zu Grunde liegende Test muss die Anforderungen des Robert Koch-Instituts erfüllen.

- (4) Übersteigt die Anzahl der Neuinfektionen innerhalb eines Zeitraums von sieben Tagen pro 100.000 Einwohnern (Sieben-Tages-Inzidenz) im Saar-Pfalz-Kreis den Grenzwert von 50, so besteht aus Gründen des Fremdschutzes über Absatz 2 hinaus bei allen Ortsratssitzungen für alle Ortsratsmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter und alle sonstigen an einer Sitzung teilnehmenden Personen (bspw. Gäste, externe Sachverständige, sowie die Öffentlichkeit) ab Vollendung des sechsten Lebensjahres eine Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung. Diese Pflicht gilt beim Betreten und während des Aufenthaltes am Sitzungsort, sowie auch während der Sitzungen. Die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung besteht auch an einem fest zugewiesenen Sitzplatz. Die Mund-Nase-Bedeckung darf lediglich kurzzeitig für den Konsum von Getränken abgenommen werden.
- (5) Personen, die glaubhaft machen können, dass es ihnen aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen, können sich stattdessen auf ein sogenanntes Visier („Face Shield“) beschränken. Auch besteht in diesen Fällen die Möglichkeit der Aufstellung von Plexiglasscheiben durch den Sitzungsdienst. Zur Glaubhaftmachung der entgegenstehenden gesundheitlichen Gründe ist vorab so rechtzeitig ein ärztliches Attest vorzulegen, dass die Möglichkeit der Aufstellung von Plexiglasscheiben gewährleistet werden kann.
- (6) Der Vorsitzende kann bei Verstößen gegen die in den Absätzen 2 bis 5 aufgeführten Regelungen die Maßnahmen nach § 12 und § 15 treffen.“